Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 36. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 12. Februar 1931. | 13. Jahrgang.

Müh' zur Lust ist eitle Mühe,
Nutzlos wie dem Meer der Regen;
Arbeit, die nicht andern frommt,
Das ist Arbeit ohne Segen.

Fr. W. Weber.

Die ersten Kämpfe im Reichstag!

In unserem letzten Artikel über die politische Lage hatten wir zum Ausdruck gebracht, daß die Situation für das Kabinett Brüning im Reichstag durchaus nicht geklärt sei, sondern ein ziemlich verworrenes Aussehen habe. Dieser Artikel wurde acht Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages geschrieben. Nun ist Dr. Brüning nicht der Mann, der gleichgültig die Dinge auf sich zukommen läßt, sondern als geschickter Regisseur es versteht, durch tausend Kanäle die vielen Bächlein so zu vereinen, daß diese Gewässer stark genug sind, das Reichsschiff mit Dr. Brüning als Steuermann zu tragen. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern hatten ein Ergebnis, daß man schon vor der Entscheidung mit einem Sieg der Reichsregierung in der ersten Reichstagsschlacht rechnen durfte. Eigentlich war die Lage schon geklärt, als über die Forderung der Deutschen Volkspartei, weitere 300 Millionen im Reichsetat einzusparen, eine Einigung erzielt war. Aber auch die Landvolkpartei hatte schwere Bedenken, sich vollständig in das Lager der Opposition zu begeben. Weiß man in diesen landwirtschaftlichen Kreisen doch sehr wohl, daß eine Regierungskrisis oder Ablehnung des Etats eine starke Gefährdung der Maßnahmen bedeuten würden, die erst kürzlich zwischen den Führern der Grünen Front und dem Reichskanzler in dreitägigen Verhandlungen vereinbart worden waren.

Es standen nunmehr die drei Oppositionsparteien, die Deutschnationale, die Nationalsozialistische und die Kommunistische Partei allen übrigen Parteien gegenüber, bei denen allerdings nachher bei den Abstimmungen die Landvolk- und die Wirtschaftspartei nicht geschlossen für die Regierung eintraten.

Die Oppositionsparteien befanden sich während dieser Kampftage in schwerer Aufregung. Ihr Generalangriff richtete sich gegen das Reichskabinett Dr. Brüning. Dieses zu stürzen, erschien den Oppositionsparteien als höchste Aufgabe und die angewandte Mühe des Preises wert. Man kann und will es Dr. Brüning nicht vergessen, daß er nach der Wahl am 14. September 1930 mit seinem Kabinett nicht zurückgetreten und, wie man sagt, dem Willen des Volkes entsprechend, anderen Männern Platz gemacht hat. Die Oppositionsparteien werden daher bei jeder passenden und vielleicht auch unpassenden Gelegenheit ihre Angriffe erneuern, um einen Sturz des Kabinetts herbeizuführen oder aber, wie es die Nationalsozialisten beantragt hatten, eine Auflösung des Reichstages zu erzielen.

Bei den letzten Reichstagsverhandlungen handelte es sich jedoch nicht nur um diese politische Seite des Kampfes, sondern außer den Abstimmungen über den Etat des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und den vorliegenden Mißtrauensanträgen lag auch ein Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages vor. Dieser Antrag ist nach Vorberatung mit der Reichsregierung und dem Präsidenten Löbe von den sogenannten Regierungsparteien eingebracht aus der Erkenntnis heraus, daß die gegenwärtigen Möglichkeiten auf plan- und ziellose Stellung von Agitationsanträgen usw. stark dazu beigetragen haben, das Ansehen des Parlamentarismus' schwer herabzudrücken. Persönlich kann man der Auffassung sein, daß es vielleicht gar nicht das größte Unglück wäre, wenn der Parlamentarismus abwirtschaftet und sich selber das Grab gräbt. Aber abgesehen davon kann man nur wünschen, daß die Geschäftsordnung des Reichstages möglichst straff angezogen wird, damit dem wüsten Agitationsschwindel Einhalt geboten wird. Der Unfug, der in dieser Hinsicht in den letzten Jahren getrieben worden ist, insbesondere von den jeweiligen Oppositionsparteien, spottet jeder Beschreibung. Im Handumdrehen werden Anträge zu irgendeinem Zweck gestellt, die Hunderte von Millionen, in einzelnen Fällen sogar Milliarden kosten würden, ohne daß die betreffenden Parteien sich den Kopf darüber zerbrechen, wie solche Forderungen im Einnahmeetat wieder gedeckt werden sollen. Mit all diesem Unfug soll die neue Geschäftsordnung aufräumen. Nicht mit Unrecht erblicken die Oppositionsparteien darin eine Knebelung und Beeinträchtigung ihrer bisher genossenen Freiheiten. Was verschlägt es den Oppositionsparteien, ob sachliche und positive Arbeit im Reichstag geleistet wird, oder ob lediglich dem Agitationsbedürfnis Rechnung getragen werden kann. Also aus allen diesen Gründen war die Erregung im Reichstag stark erkennbar und die Oppositionsparteien hatten alle Möglichkeiten bereit gestellt, um solche Angriffe auf ihre Freiheit abzuwehren und, wenn möglich, dabei dem Kabinett Brüning den Todesstoß zu versetzen. Aber alle Anträge usw. konnten wohl eine zeitliche Verzögerung herbeiführen, nicht aber dem Kabinett Brüning eine Niederlage bereiten. Mit ungefähr 100 Stimmen Mehrheit siegte die Regierung und sie wird auch bei weiteren Abstimmungen (die inzwischen erfolgt sind) Herr der Lage bleiben.

Zu scharfen Zusammenstößen kam es bei den Verhandlungen selbst, insbesondere zwischen dem Zentrumsredner Joos und den Nationalsozialisten. Es hagelte Ordnungsrufe und Präsident Löbe hatte seine Not, um die Situation zu beherrschen. Sehr scharf war auch der Kampf der Deutschnationalen gegen den Reichskanzler. Der Führer dieser Fraktion ging mit einer Erklärung gegen Dr. Brüning vor, die an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Dr. Oberfohren stellte u. a. fest, daß die Angabe des Reichskanzlers, er habe schon im Jahre 1927 Herrn Dr. Hugenberg den Vorschlag gemacht, erst in Ostpreußen durch Umschuldung der Landwirtschaft zu helfen und dann erst das Reparationsproblem in Angriff zu nehmen, nicht den Tatsachen entspreche. Wir fürchten, daß sich Dr. Oberfohren in dieser Frage etwas zu weit vorgewagt hat. Nach unserer Kenntnis der Vorgänge dürfte der Reichskanzler Dr. Brüning in der Lage sein, den Nachweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen zu bringen.

Alles in allem darf gesagt werden, daß, so unsicher auch die Aussichten zunächst für das Kabinett Brüning waren, letzterer doch als Sieger aus dem ersten Kampf hervorgegangen ist. Seine Hauptrede wird zwar von den Blättern der Oppositionsparteien verkleinert und als eine unerhebliche Leistung dargestellt. Der Rede habe, so schrieb ein führendes Oppositionsblatt, jegliches Format gefehlt. Man muß gerecht bleiben. Wer den Vorzug hatte, dabei zu sein und durch parteiische Voreingenommenheiten sich sein Urteil nicht trüben läßt, der kommt zu dem Urteil, daß Dr. Brüning einen sehr glücklichen Tag hatte und, wenn auch nicht quantitativ, so doch qualitativ absolut auf der Höhe war. Das wird von allen objektiv denkenden Zuhörern ohne weiteres bestätigt.

In der Landwirtschaft hat es einen beruhigenden Eindruck gemacht, daß der Reichskanzler sich mit großer Wärme für die Forderungen der Grünen Front eingesetzt und energische Durchführung der hier in Frage kommenden Gesetze in Aussicht gestellt hat. Man war deshalb allgemein im Reichstag etwas verwundert, daß entgegen der Parole des Parteiführers Dr. Gericke das Landvolk sich zersplitterte und sich nicht geschlossen hinter die Reichsregierung stellte. Man kann nicht behaupten, daß eine solche Handlung eine politische Klugheit war.

Die ersten Kämpfe sind vorüber, weitere werden folgen. Und wenn man auch der Geschicklichkeit Dr. Brünings viel zutrauen darf, so ist doch immer noch damit zu rechnen, daß eines guten Tages neue Schwierigkeiten auftauchen werden. Zwar ist im Reichstag eine klare Linie zu erkennen, die uns zeigt, daß eine Mehrheit gewillt ist, positive Arbeit zu leisten. Was aber bedeuten Mehrheiten, die sich aus so und soviel Parteien zusammensetzen und so grundverschieden sind, daß sie bei der ersten besten Gelegenheit platzen können wie die Seifenblasen.

W. W.

„Politisierte" Wahlen.

Im deutschen Vaterlande werden kaum noch Wahlen vorgenommen, in die man nicht von dieser oder jener Seite die leidige Parteipolitik hineinträgt. Wenn das bei den Reichs- und Landtagswahlen eine Selbstverständlichkeit ist und bei den Wahlen zu den Provinziallandtagen und gleichartigen Körperschaften allenfalls als notwendiges Uebel hingenommen werden muß, so bedeutet die Politisierung der kommunalen Vertretungen, der Kreistage und ähnlicher aus öffentlichen Wahlen hervorgehenden Selbstverwaltungsorgane schon einen unbestreitbaren Schaden, und aufs schärfste muß man dagegen protestieren, wenn gewisse „Hans Dampf in allen politischen Gassen" ihren arg ramponierten parteipolitischen Kredit dadurch aufzumontieren suchen, daß sie auch die Wahlen zu den höheren Verwaltungsstellen der Provinzen und Großstädte, der Landesversicherungsanstalten usw., ja sogar der Landwirtschaftskammern und ähnlicher Einrichtungen parteipolitisch aufzuziehen bemüht sind.

Derartige Machenschaften sind zur Zeit in der Provinz Hannover im Gange, wo es gilt, in der Ende Februar beginnenden Tagung des hannoverschen Provinziallandtages anstelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Landeshauptmann von Campe einen neuen Landeshauptmann zu wählen, eine Wahl, deren Ausgang naturgemäß von größter Bedeutung für das Wohl und Wehe gerade dieser preußischen Provinz ist, deren Selbstverwaltung in Anbetracht der immer noch nicht völlig vernarbten Wunde der Annexion des Jahres 1866 eine besonders geschickte Hand erfordert: Wenn in irgend einer der preußischen Provinzen, so muß in Hannover der Landeshauptmann vom Vertrauen der Bevölkerung und der preußischen Regierung getragen sein, wenn seine Verwaltung dem großen Ganzen und dem hannoverschen Teile des Ganzen zum Segen gereichen soll.

Man kann daher mit Fug und Recht behaupten, daß die bevorstehende Wahl eines hannoverschen Landeshauptmanns in ihrer grundsätzlichen Bedeutung weit über die provinziellen hannoverschen Grenzen hinausgeht, denn wenn es gelänge, in der verhältnismäßig schwierigen parteipolitischen Lage Hannovers bei den kommenden Wahlen die Parteipolitik auszuschalten und zu einer Einigung der Parteien oder doch wenigstens ihrer Majorität auf Grund rein sachlicher Erwägungen zu kommen, so könnte und müßte das ein günstiges Omen für eine Entwicklung fort von den Krankheitserscheinungen eines überspitzten sogenannt „parlamentarischen Systems", hin zu einer Gesundung unseres ganzen öffentlichen Lebens auch für andere Landesteile, also für das ganze deutsche Vaterland sein.

Leider sind wir nun, wie ich bereits oben andeutete, von diesem „günstigen Omen" nach Lage der Dinge hier in Hannover zur Zeit recht weit entfernt, denn die bislang im Gange befindlichen Vorverhandlungen zur kommenden Landeshauptmannswahl ergeben auf gut deutsch gesagt das trübe Bild rein parteipolitischen Kuhhandels, bei dem nach der Parteizugehörigkeit der in Betracht kommenden Kandidaten sehr viel, nach ihrer fach- und sachlichen Eignung aber nur sehr wenig gefragt wird. „Genannt" wird, soweit man erfährt, seitens der Deutschnationalen Partei der auch von der Volkspartei unterstützte ehemalige Landrat Rottberg, der aus seinem Amt als Landrat des Kreises Fallingbostel von der preußischen Regierung infolge Differenzen mit dem hannoverschen Oberpräsidenten Noske entlassen, d. h. politisch gemaßregelt wurde; Welfen, Wirtschaftsparteiler und Landvolk präsentieren den bisherigen Präsidenten des hannoverschen Provinziallandtages, Rechtsanwalt Hagemann-Verden, und von der Linken soll der Direktor der Landesversicherungsanstalt Hannover Frommhold nominiert werden. Der Provinziallandtag steht mit dieser Kandidatenliste vor einer Entscheidung, die rein parteipolitisch zu treffen ist, und bei den unklaren Stimmverhältnissen im Landtage kann die Wahl letzten Endes nur das Resultat eines Kuhhandles der politischen Parteien sein.

Die ganze Sachlage erscheint um so unerfreulicher, als ja wirklich, wie eine der großen Berliner Tageszeitungen letzthin ganz richtig bemerkte, ein nennenswerter Unterschied zwischen dem deutschnationalen und welfischen Kandidaten nicht zu konstatieren ist, so daß diese zwiefache Nominierung sogar vom rein parteipolitischen Standpunkt aus schwer verständlich bleibt. Wie mißlich aber der gesamte parteipolitische Gesichtspunkt überhaupt ist, das läßt sich unschwer aus einer auch nur oberflächlichen Charakterisierung der vorstehend namhaft gemachten Kandidaten ersehen: Würden doch mit Rottberg, als einem von der preußischen Regierung gemaßregelten Landrat und mit Hagemann, als einem Führer der unentwegt mit der preußischen Regierung „im Kriegszustand" befindlichen Welfen-Partei, Männer an die Spitze der hannoverschen Provinzialverwaltung gebracht, deren Verhältnis zur preußischen Regierung ein denkbar schlechtes, deren Wirksamkeit daher schwerlich von Segen für die Provinz sein könnte. Bliebe parteipolitisch der Kandidat der Linken, dessen Wahl man aber vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus weder Deutschnationalen und Volksparteilern noch Welfen zumuten dürfte, so daß man vor einer nahezu unheilvoll verfahrenen Lage steht, wenn anders man sich nicht entschieden gegen jede Politisierung der Landeshauptmannswahl wendet, und es ist wahrhaftig kein Grund einzusehen, warum letzteres nicht geschehen könnte.

Sowohl in der hannoverschen Provinzialverwaltung wie auch an anderen Stellen sind verwaltungstechnisch

im weitesten Umfange vorgebildete Beamte mit abgeschlossener bester Vorbildung vorhanden, unter denen man reichste Auswahl haben würde, ohne dabei auf Kandidaten zurückgreifen zu müssen, die, mögen sie intellektuell noch so fähig sein, sich doch in die ganze Materie der Verwaltung einer Provinz erst einarbeiten müßten, und deren ganze derzeitige „Eignung" aus der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Partei besteht. Machen wir uns nicht mit aller Entschiedenheit von jeder Partei- und Klüngelherrschaft frei, so werden wir niemals wieder zu gesunden Verhältnissen kommen, und das ist die Lehre, die wir im ganzen deutschen Vaterlande aus der Wahl zum hannoverschen Provinziallandtage ziehen könnten und müßten. Discite moniti!

Cato.

Das Volksbegehren und der Christlich-soziale Volksdienst.

Der Stahlhelm hat, ohne jede Polemik, beantragt, den Preußischen Landtag aufzulösen.

Es wird also in einiger Zeit zum Volksbegehren und danach zum Volksentscheid kommen.

Wir können nur sagen, daß der Christlich-soziale Volksdienst der gegenwärtigen preußischen Regierung durchaus gegnerisch gegenübersteht. Das hat sich bei allen Abstimmungen im Preußischen Landtag gezeigt. Stets haben unsere christlichsozialen Abgeordneten dort für die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Braun-Severing gestimmt.

Uns trennt von der Sozialdemokratischen Partei eine Weltanschauung. Und diese Weltanschauung ist uns die wichtigste Frage aller Politik.

Daraus folgt, daß wir uns dem Antrag auf Volksbegehr nicht entgegenstellen, sondern unsere Freunde zu gegebener Zeit bitten werden, sich für die Auflösung einzutragen. Gewiß kann man zweifelhaft sein, ob bei den geltenden Bestimmungen nach dem Volksbegehr auch der Volksentscheid gelingen wird: das Verfahren insgesamt dürfte manchen Monat dauern. Ob das Ganze endlich zu einer Niederlage führen wird: das ist eine Verantwortung, die diejenigen zu tragen haben, die das Verfahren eingeleitet haben.

Es könnte auch sein, daß der preußische Landtag, der ohnehin wenig mehr als ein Jahr Lebensdauer hat, so arbeitsunfähig wird, daß er vorzeitig aufgelöst werden muß; die Entscheidung liegt hier beim Zentrum.

Jedenfalls muß unzweideutig feststehen: wir sind entschlossene Gegner der derzeitigen Regierungskoalition in Preußen.

Darum begrüßen wir es, wenn die gegenwärtige Mehrheit des Preußischen Landtages — und zwar so schnell, als es nur möglich ist — aufhört zu bestehen.

Die Mitglieder des Christlich-sozialen Volksdienstes in allen preußischen Provinzen werden nach allem, was wir hören, sich einmütig für das kommende Volksbegehren einsetzen.

D. Reinhard Mumm, M.d.R.

Um das Problem der nationalsozialistischen Baumark.

In Nr. 31 des Aufwärts brachte H. Vagts einen Artikel, in dem das Programm der Nationalsozialisten beleuchtet wurde. Die Kritik war durchaus angebracht, denn eine Partei, die in der Oeffentlichkeit so viel Propaganda macht und Zulauf hat wie die NSDAP., ist verpflichtet, ihre beabsichtigten Reformen offen und ehrlich darzulegen und nicht Versteck zu spielen, wie neulich ein nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter es getan. Auf die berechtigte Frage nach dem Rettungswege entgegnete er ungefähr folgendermaßen: „Sie ließen sich nicht ausfragen, damit die andern wüßten, wie es gemacht würde."

Als vor kurzem Feder mit Nölting im Radio kämpfte, habe ich persönlich zugehört. Das Thema lautete: „Brechung der Zinsknechtschaft." Ich habe ca. 12 Jahre lang mich mit dieser Frage beschäftigt. Enttäuscht bin ich nach Hause gegangen; denn ich habe nichts Greifbares in bezug auf die Brechung der Zinsknechtschaft gehört. Das deckt sich mit dem, was Herr Vagts ebenfalls über Feders Aeußerung im Reichstage sagt. Vagts' Forderung, daß die NSDAP. sich um Aufstellung eines einwandfreien Programms bemühen solle, ist sehr berechtigt.

Hinsichtlich der Baumark bin ich allerdings anderer Meinung als Herr Vagts. Die Befürchtung, daß durch Herausgabe der Baumark eine Inflation käme, hat neulich auch ein preußischer Staatsminister ausgesprochen. Ohne Zweifel ist Vagts' Mahnung zur Vorsicht bei der Geldausgabe sehr wahr und ernst zu nehmen; aber es ist immerhin ein Unterschied, ob ich Geld für wertlose Dinge ausgebe oder für produktive. Würde 1 Milliarde Mark zur Erzeugung von Luxusgegenständen, Alkohol usw. ausgegeben, so wäre ohne weiteres die Inflation da, denn diese Produkte verschwinden spurlos, während die Geldmenge bliebe. Ganz anders ist es aber bei Wohnungsbauten. Da entstehen Sachwerte, die volkswirtschaftlich produktiv sind durch den Mietwert. Die einlaufenden Mietzahlungen werden zum Zurückziehen der Baumark restlos verwandt, da ja Zinsen nicht zu zahlen sind. So wird monatlich die Geldmenge wieder verringert, also durchaus einer Inflation entgegengewirkt. Oft habe ich dann den Einwand bekommen, daß die Mieten sinken und nicht zur Tilgung genügen würden. Das ist völlig falsch. Es wird vergessen, daß der Zins wegfällt. Wie ist heute die Rückzahlung? 1 bis 2 Prozent Amortisation stehen 8 bis 10 Prozent Zinslasten gegenüber. Selbst wenn die Mieten auch erheblich sinken — das wäre ganz selbstverständlich — würde eine Amortisation in unserer gegenwärtig gebräuchl. Höhe stets möglich sein. Dabei wäre der Mieter sehr geschont und nach einer Reihe von Jahren schuldenfreier Eigentümer. Aehnlich wäre auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Elektrizität, Meliorationen usw. zu verfahren. Dabei möchte ich aber auch wahrheitsgemäß darauf hinweisen, daß die NSDAP. in obigem Sinne zu handeln gedenkt. Ernsthafte Wissenschaftler haben diese Gedankengänge als durchaus einwandfrei bezeichnet.

Wenn überhaupt ein Rettungswerk gelingen soll, dann muß — wie vorhin angedeutet — die Geldwirtschaft planmäßig dem Wohle des Volkes entsprechend geleitet werden. Unter dem unumschränkten Einfluß der internationalen Börse ist überhaupt nichts Rettendes zu vollbringen. Das ist so offen, daß man eigentlich kein Wort mehr darüber zu sagen brauchte. Soll Rettung kommen, dann muß eine grundlegende Geldreform sowie des Geldverkehrs erfolgen. Andernfalls werden wir weiter dem Elend verfallen, wenn nicht selbst dem Untergang entgegengehen.

H. K.

Etwas Vorsicht bitte!

Aus dem Artikel des Herrn Wilhelm Mensching in Petzen bei Bückeburg mit obiger Ueberschrift in Nr. 29 muß mancher Leser des Aufwärts den Schluß ziehen, daß es der Schriftleitung an Vorsicht mangele, ja, fehle. Ich glaube als mehrjähriger Leser des Blattes, daß die in der von ihm gewählten Ueberschrift enthaltene Mahnung nicht so berechtigt ist, wie er glaubt, und ich bitte ihn zur tatsächlichen Beurteilung seiner Ausführungen dazu unter 1 und 2 auf folgende Kernfragen zu antworten:

1. War es eine Verhöhnung der Person Jesu Christi, als ihm die Dornenkrone aufgesetzt, bezw. als er ans Kreuz mit der Inschrift „Jesus von Nazareth, der Juden König" geschlagen wurde oder eine Verletzung religiöser Gefühle anderer?

2. Ist es damit, daß die „Friedensbewegung" in England „die gesunde Einsicht gewonnen" hat, „daß es nicht genug sei, Versammlungen zu halten und Entschließungen zu fassen, daß vielmehr eine Grundlage für aufbauende Gedanken und Arbeit vorhanden sein muß", „gelungen, wirksame Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu finden"?

Sollten die eigenen Ausführungen des Herrn Mensching, denen ich in manchen Stücken gern zustimme, vielleicht auch die Ueberschrift nötig haben: **Etwas Vorsicht bitte!**

Dr. G. Schmidt, Detmold.

Der „Vogtland"-Flaggenwechsel

Scharfe Verurteilung durch das Reichsverkehrsministerium.

Das Reichsverkehrsministerium veröffentlicht eine Erklärung zu der Niederholung der deutschen Flagge auf dem Dampfer „Vogtland" und ihre Ersetzung durch die Flagge der Republik Panama. Der wesentlichste Teil dieser Erklärung lautet:

„Das Gesetz betreffend das Flaggenrecht der Kauffahrteischiffe vom 22. Juni 1899 regelt das Recht zur Führung der deutschen Flagge auf Kauffahrteischiffen, verpflichtet aber deutsche Staatsangehörige nicht, die ihnen gehörenden Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben.

Es ist vom internationalen Standpunkt aus nicht nur bedauerlich, sondern auf das schärfste zu verurteilen, daß eine Hamburger Reederei einen Flaggenwechsel vornimmt, um sich der deutschen Stenergesetzgebung zu entziehen.

Ob die Reederei Vogemann das Schiff im ganzen oder zu einem Teil an einen Staatsangehörigen von Panama verkauft hat, ist nicht bekannt. Nach deutschem Flaggenrecht wird das Recht zur Führung der deutschen Flagge von dem Nachweis abhängig gemacht, daß sich das Schiff ausschließlich in deutschem Eigentum befindet. Welche Voraussetzungen die Republik Panama an das Recht zur Führung ihrer Flagge knüpft, ist nicht bekannt. Völkerrechtlich ist es nicht möglich, nachzuprüfen, ob bei einem von einem fremden Staat ausgestellten Flaggenzeugnis die Voraussetzungen für die Erteilung des Flaggenzeugnisses nach dem fremden Recht vorgelegen haben. Die Flaggen werden gegenseitig anerkannt, sofern ein amtlicher Ausweis über die Führung der Flaggen beigebracht wird.

Der Reichsverkehrsminister wird feststellen, ob das Schiff „Vogtland" ein gültiges Flaggenzeugnis hat und ob es im deutschen Schiffsregister gelöscht ist.

Mit der Unterstellung des Dampfers „Vogtland" unter die Flagge von Panama hört die Geltung des deutschen Rechts auf dem Schiffe auf. Das Schiff untersteht in allen seinen Beziehungen dem Recht der Republik Panama. Inwieweit Seeleute auf dem Schiff Dienst tun wollen, müssen diese selbst entscheiden. Die deutsche Sozialversicherung gilt für Seeleute auf ausländischen Schiffen nicht. Auch bleibt den deutschen Verfrachtern und deutschen Versicherern überlassen, ob sie ausländische Schiffe beladen oder in Versicherung nehmen wollen."

Wie ein Gesangbuch entsteht.

Neue Gesangbücher sind in der letzten Zeit manche entstanden. Auch der Gemeindegesang soll den Bedürfnissen unserer Zeit angepaßt werden. Wie entsteht nun ein solches neues Gesangbuch? Meist ist es kein völlig neues Werk. Es ist weniger einem Neubau oder einem neuen Kleid zu vergleichen, als vielmehr dem Umbau eines Hauses oder der Neuaufmachung eines alten Kleides. Denn in den meisten Fällen handelt es sich um die Neubearbeitung eines schon bestehenden Gesangbuches.

Die Arbeit an einem neuen Gesangbuch besteht also zunächst darin, daß die alte Liedersammlung, die ersetzt werden soll, kritisch durchgearbeitet wird: Was hat sich daran bewährt, und was hat sich nicht bewährt? Es gibt Lieder, die eine Zeitlang Modelieder sind und nachher mit Recht als veraltet gelten und ausgeschaltet werden. Daneben gibt es viele alte Lieder, die niemals veralten. Lehrrichtung und Stimmung einer Zeit tun sich auch im Gesangbuch kund; sie sind Wellen, die kommen und gehen. Gesangbücher, die allzusehr auf ihre Zeitstimmung eingestellt sind, müssen notwendigerweise bald eine Umgestaltung erfahren. Darum darf man sich bei der Bearbeitung neuer Gesangbücher von der augenblicklich herrschenden Zeitströmung nicht zu sehr bestimmen lassen, sonst ist das Werk nur für kurze Dauer geschaffen.

Ist der Bestand des alten Gesangbuches gesichtet, so wird geprüft, welche Lieder neu aufzunehmen sind. Auch dabei wird man schon bestehende Liedersammlungen zu Rate ziehen und das Liedergut aus ihnen herausholen, das sich dort bewährt hat. Diese Liederbücher von freien Vereinigungen, Gemeinschaften, Jugendverbänden, Vereinen sind es, die eigentlich die wichtigste Arbeit tun, um aus dem weitverstreuten Liedergut das auszuwählen, was sich zum Liede für die Gemeinde oder wenigstens für einen Ausschnitt der Gemeinde eignet. Um einen Eindruck davon zu erhalten, wie man an das Lied der Gegenwart herankommt, mag es am lehrreichsten sein, etwas aus dem Werdegang der neuen Bearbeitung des Evangelischen Psalters zu erzählen. Sagt doch die Kirchliche Rundschau: „Wir haben den Eindruck, daß von allen freien Liederbüchern in deutschen Landen der Evangelische Psalter an der Spitze marschiert."

Wie kam nun der Evangelische Psalter an neues Liedergut aus älterer und der neuesten Zeit heran? Von seinem weiten Freundeskreis kamen reichliche Anregungen; nicht weniger als etwa 500 neue Lieder wurden zur Aufnahme vorgeschlagen. Diese wurden sorgfältig geprüft und gesichtet und eine engere Auswahl von einem Kreise von Sachkennern durchberaten. Liedersammlungen und ganze Stöße von Gedichtsammlungen aus neuerer und neuester Zeit wurden durchgesehen. Dabei kam man zur Einsicht, daß die letzten Jahrzehnte zwar eine Flut von religiösen Gedichten hervorbrachte, daß sich darunter aber nur ganz wenige als vollwertige Gemeindelieder verwenden lassen. Die allermeisten Erzeugnisse der Dichtkunst unserer Tage sind persönlich empfundene Gedichte, aus dem Erleben einer Einzelpersönlichkeit hervorgewachsen und auf die Einzelpersönlichkeit abgestimmt; sie sind aber keine Lieder von der kraftvollen Schlichtheit und Allgemeingültigkeit, die dem Gemeindegesang eignen muß. Das ist der Grund, warum wir so wenig Lieder aus der Gegenwart in unsern Gesangbüchern finden. Auch die Lieder, die neue kirchliche Gesangbücher dem Liedergut der Gegenwart entnommen haben, werden sich noch ausweisen müssen, ob sie unserm Empfinden tatsächlich ebenso entsprechen wie die alten Lieder, und ob sie sich im Gemeindegesang bewähren.

Man hat den Eindruck, daß es dem Evangelischen Psalter wirklich gelungen ist, eine Fülle gediegener geistlicher Lieder zu einer feingegliederten Einheit zu vereinigen. Man findet darin die ganze Tonleiter evangelischer Glaubensgedanken. Die starken festen Grundtöne aus der Reformationszeit zeugen von Buße und Rechtfertigung aus Gnaden. Bei Bekehrung, dem Wunder der Wiedergeburt und Heilsgewißheit, dem Wandel als Kind Gottes hören wir zahlreiche Stimmen aus dem älteren deutschen Pietismus. Das Lob Gottes, der als Schöpfer in der Welt und als Herr in seiner Gemeinde waltet, erklingt aus allen Zeiten. Das Geheimnis inniger Gemeinschaft mit Gott ist einem Dichter wie Tersteegen anvertraut, findet sich aber auch ausgeprägt bei den Dichterinnen der Gegenwart Dora Rappard und Hedwig von Redern. Einladung zu Jesus, Arbeit im Reiche des Herrn: Dafür hat der neuere Pietismus in seinem Erweckungs- und Missionslied Töne gefunden, die auch in die Tonleiter hineingehören, wenn sie vollständig sein soll. Der neuesten Zeit muß das Lied vorbehalten sein, das von der Verantwortung des Christen für sein Volk und seine Volksgenossen spricht; auch davon finden wir im Evangelischen Psalter ernste Töne.

Ist die Auswahl der Lieder getroffen, kommt noch die wichtige Aufgabe der Einteilung hinzu. Nur der hat etwas von seinem Reichtum, der über seine Schätze verfügen kann, wann und wie er sie braucht. Eine übersichtliche Ordnung und eingehende Gliederung macht ein Liederbuch erst für den Gebrauch fähig und wertvoll. Hier tut sich kund, ob wirklich „die ganze Tonleiter evangelischer Glaubensgedanken" vorhanden ist. Darin kann als vorbildlich die übersichtliche, durchdachte, eingehende Gliederung des Evangelischen Psalters gelten, die das für jeden Fall passende Lied sofort greifbar macht.

Ein weiterer Bestandteil eines guten Gesangbuches sind seine Verzeichnisse: Liederdichter, Tondichter, Uebersichten. Den üblichen Verzeichnissen hat der Evangelische Psalter noch ein neues hinzugefügt: Den Liedernachweis, der für jede Abteilung noch weitere passende Lieder nennt und dadurch den Gebrauchswert mehr als verdoppelt.

Wer ein Gesangbuch hat entstehen sehen und daran mitarbeiten durfte, dem wird das Buch wie zu einem Stück eigenen Lebens. Doch auch jeder, der sich in sein Gesangbuch hineinvertieft, nicht nur das eine oder das andere Lieblingslied darin sucht und daraus singt, sondern wirklich Lied um Lied liest und das Gesangbuch als Einheit auf sich wirken läßt, der wird einen reichen Gewinn davontragen, und es wird ihm zu einem Stück seines eigenen Lebens werden, und wahrlich nicht zum schlechtesten.

* * *

Uns liegt die Textausgabe des „Evangelischen Psalter" vor. Sie enthält 800 Lieder. Wer die Fülle von Lie-

Auszug aus dem Reichstag.

Stöhr: „Die Beschlüsse dieses Hauses keine Beschlüsse des deutschen Volkes!"

Auszug der Nationalsozialisten. — Wogen der Verschärfung der Geschäftsordnung. — Deutschnationaler Verzicht auf Teilnahme an der außenpolitischen Debatte.

— Berlin, 10. Februar.

Die Verschärfung der Geschäftsordnung, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag mit 303 Stimmen beschlossen worden war — die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten hatten auf die Teilnahme an der Abstimmung verzichtet — hatte in der Dienstagnachmittagsitzung ein aufsehenerregendes Nachspiel.

Sogleich nach Wiedereröffnung der Verhandlung verlas Abgeordneter Stöhr eine Erklärung, die von den Nationalsozialisten stehend angehört wurde, und in der gegen die Abänderung der Geschäftsordnung schärfster Protest erhoben wird. „Wir warnen die Weltöffentlichkeit", so heißt es dann u. a. wörtlich in dieser Erklärung, „Beschlüsse dieses Hauses für Beschlüsse des deutschen Volkes zu halten. Wir appellieren an den Reichspräsidenten als den Hüter der Reichsverfassung. Wir verlassen das Youngparlament und werden erst wiederkehren, wenn sich etwa die Möglichkeit ergibt, einen besonders tückischen Anschlag auf das Volk abzuwehren."

Nach der Verlesung dieser Erklärung marschierten dann die Nationalsozialisten unter dreimaligen Heil-Rufen geschlossen aus dem Saal. Einige Abgeordnete der Landvolkpartei folgten ihnen, nachdem in ihrem Namen auch Abg. Wendlhausen gegen die Aenderung der Geschäftsordnung Einspruch eingelegt hatte. Für die Deutschnationalen protestierte Freiherr von Freytagh-Lorringhoven gegen die Beschlüsse in der Frage der Geschäftsordnung. Wenn die Deutschnationalen auch, so betonte er weiter, auf die Arbeit im Reichstag nicht verzichten wollten, so würden sie doch an den Verhandlungen über die auswärtige Politik nicht teilnehmen.

Damit befanden sich nur noch die Abgeordneten der Regierungsparteien im Saal sowie die Kommunisten, die zwar auch gegen die Aenderung der Geschäftsordnung Einspruch einlegten, auf das Verbleiben im Plenum aber nicht verzichteten.

Austritt aus dem Reichstagspräsidium.

Nach dem Ausmarsch der Nationalsozialisten aus dem Plenarsaal richtete Abgeordneter Stöhr einen Brief an das Reichstagspräsidium, in dem er die Niederlegung des von ihm innegehabten Amtes eines Reichstagsvizepräsidenten mitteilte. Ebenso haben auch die übrigen Nationalsozialisten, die dem Reichstagsbureau angehörten, ihre Aemter niedergelegt.

Wie der Verschärfung der Geschäftsordnung hatte der Reichstag in der Nachtsitzung auch der nachgesuchten Genehmigung der Strafverfolgung von Reichstagsabgeordneten in etwa 300 Fällen zugestimmt. Noch nicht endgültig erledigt wurde das Pressegesetz, das dahin abgeändert werden soll, daß in Zukunft Abgeordnete nicht mehr verantwortliche Redakteure sein dürfen.

Fort mit Rüstungsungleichheit.

Curtius-Rede im Reichstag. — Gleiche Sicherheit für alle! — „Europa darf nicht auf der Grundlage unseres Niederbruchs aufgebaut werden."

Die dann folgende außenpolitische Debatte wurde vom Reichsaußenminister Dr. Curtius mit einer Rede über die Verhandlungen in Genf eingeleitet. Minister Dr. Curtius behandelte zunächst die Verhandlungen der Europa-Studienkommission, begrüßte die Einladung Rußlands und der Türkei und die Annahme der Einladungen durch diese Mächte und fuhr dann fort:

Das Erfordernis umfassender Solidarität stellt sich einem immer wieder vor Augen, wenn man die Gesamtheit der großen europäischen Fragen sieht. Diese Aufgaben können nicht von einzelnen Völkern und können nicht mit den Mitteln der Vorkriegszeit gelöst werden. Wir stehen vor neuen Problemen, vor der Schaffung einer neuen Rechts- und Friedensorganisation, die allseitige Zusammenarbeit erfordert.

Der Angelpunkt der großen europäischen Fragen ist das deutsch-französische Verhältnis. Es wäre verhängnisvoll für das Schicksal Europas, wenn sich nicht auch jenseits des Rheins die Erkenntnis der Ursachen durchsetzte, die letzten Endes die heutige Situation in Europa herbeigeführt haben. Die Forderungen, für die wir uns einsetzen, sind mit den Lebensnotwendigkeiten anderer Völker nicht unvereinbar, und lassen sich auf dem Wege des rechten friedlichen Ausgleichs erfüllen. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ein neues Gemeinschaftsgefühl im Werden ist. Wir wollen aber nicht, daß das neue Europa auf der Grundlage unseres schwersten Niederbruchs aufgebaut wird.

Der Minister behandelte dann die Abrüstungsfrage, wobei er nochmals den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf eines Abrüstungsvertrags als unannehmbar verwarf.

„Die weiteren Verhandlungen über die Abrüstungsfrage", so fuhr er dann fort, „müssen von dem Grundsatz getragen sein, daß in der Führung der Konferenz völlige Unparteilichkeit gewahrt bleibt. Die Größe der Aufgabe der Abrüstungskonferenz wird die Politik aller Staaten in der nächsten Zukunft entscheidend beeinflussen. Dort wird sich herausstellen, ob es zur Abrüstung kommt oder nicht.

Für uns ist entscheidend, daß wir einen klaren Rechtsanspruch auf Durchführung der allgemeinen Abrüstung haben und daß wir uns mit einer noch längeren Verzögerung der Erfüllung dieses Anspruchs nicht abfinden werden! Die Ueberzeugung von unserem Recht hat inzwischen Schritt um Schritt an Boden gewonnen. Noch gestern hat der englische Außenminister erklärt, daß jedes Mitglied des Völkerbundes durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sei. Nun müssen den Worten die Taten folgen. Wir verlangen denselben Grad von Sicherheit, den die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Der Ausgleich der Rüstungsunterschiede stellt nicht nur eine vertragliche Verpflichtung dar, sondern ist unabweisbar notwendig, um Ruhe und Sicherheit in Europa zu schaffen. Für alle Welt ist die Lösung der Abrüstungsfrage der Prüfstein des Völkerbundes.

Ferner befaßte sich der Minister eingehend mit der von Deutschland befürworteten Hinzuziehung Danzigs zu den Arbeiten der Studienkommission, der Behandlung der Memelfrage in Genf und insbesondere mit der

Ratsentscheidung gegen Polen.

Es ist für die Geschichte des Minderheitenschutzes von besonderer Bedeutung, daß die Feststellung von Vertragsverletzungen durch eine dem Völkerbundsrat angehörende Macht in aller Deutlichkeit erfolgt ist und daß der Völkerbundsrat eine Ratsmacht so eindringlich aufgefordert hat, die vorhandenen Mißstände zu beheben.

In der Möglichkeit der Nachprüfung der Berichte der polnischen Regierung bei der Wiederholung liegt die wichtigste Garantie, die uns und den Minderheiten gegeben ist. Wir werden das Ergebnis genau prüfen und behalten uns vor, die notwendigen Anträge zu stellen, wenn es unseren Erwartungen nicht entspricht. Bei der Frage der Kolonialmandate handele es sich um die bekannten englischen Bestrebungen, das ostafrikanische Mandatsgebiet mit den britischen Kolonien zusammenzuschließen. Deutschland habe diese Bestrebungen von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung werde keine Handhabe unbenutzt lassen, um der deutschen Auffassung von der Unantastbarkeit der Selbständigkeit der Mandatsgebiete Geltung zu verschaffen.

Was die allgemeine Einstellung zum Völkerbund betreffe, stehe die Reichsregierung nicht auf dem Standpunkt, daß Deutschland unter allen Umständen im Völkerbund verbleiben müsse. Versage der Völkerbund in den Aufgaben, die die Grundlage seines Daseins bildeten, dann sei Deutschland zu neuen Entscheidungen gezwungen. Es sei aber nicht richtig, daß Deutschland bisher im Völkerbund überhaupt nichts erreicht habe.

Das einseitige Schuldiktat von Versailles habe uns schweres Unrecht zugefügt. Neuer Notifizierungen bedürfe es nicht. Eine Waffe im Kampfe für Wahrheit, Ehre und Freiheit sei die Aufklärung. Die historische Haltlosigkeit der Versailler Kriegsschuldthese sei längst erwiesen.

Die Reparationsfrage im Vordergrund.

Zur Reparationsfrage teilte der Minister mit, Deutschland wolle den Youngplan nicht zerreißen, es habe aber auch keine Garantien für die Erfüllbarkeit des Planes gegeben.

„Seit den Haager Konferenzen," so fuhr er dann fort, „hat eine völlige Verlagerung in der Weltwirtschaft stattgefunden. Wir stehen vor ganz neuen Aufgaben zur Ueberwindung der Krise, bei denen die Reparationsfrage einen ausschlaggebenden Faktor bildet. Diese Lage in Verbindung mit unserer Finanznot und der Verelendung unseres Volkes bringt die Reparationsfrage in den Vordergrund auch des außenpolitischen Handlungsbereichs. Ich bin deshalb mit dem Reichskanzler der Meinung, daß Zeitpunkt und Maßnahmen für eine Erleichterung unserer Lasten nicht außerhalb solcher Zusammenhänge bestimmt werden dürfen."

---

derbüchern kennt, die in Gemeinschaftskreisen benutzt werden, wird bei der Prüfung das in dem vorliegenden Artikel Gesagte bestätigt finden. Mit großem Fleiß haben die Herausgeber aus einer Fülle von Material das wertvollste herausgesucht und bieten es nun an. Es bleibt uns nur übrig auf den Vorteil schneller Bestellung hinzuweisen.

Die Textausgabe kostet gut kartoniert (Leinen), mit Liederverzeichnis (Volkspsalter, 344 Seiten) 1,20 RM. Diese Ausgabe enthält nur ein alphabetisches Liederverzeichnis und die Inhaltsübersicht.

Zur Einführung: Auf je einmal bezogene 10 Stück gewährt man außer dem Vorzugspreis ein Freistück, wenn vor dem 31. März bestellt.

Leinenband mit allen Verzeichnissen (408 S.) 2.50 RM.

Geschenkausgabe (Dünndruckpapier): Kunstlederband mit Goldschnitt 3,40 RM, Ledereinband mit Rotgoldschnitt 4,80 RM.

Festausgabe: in Saffian gebunden, mit Rotgoldschnitt, mit Futteral 7,50 RM.

Diese vier Ausgaben enthalten einen Liedernachweis, eine Inhaltsübersicht, Verzeichnis der Liederdichter und alphabetisches Liederverzeichnis.

Die Notenausgabe kostet: Ausgabe in Leinenband (720 Seiten) 4,80, in Leder gebunden, mit Rotgoldschnitt 8,20 RM.

Geschenkausgabe (Dünndruckpapier): Kunstlederband mit Goldschnitt 6,60, Ledereinband mit Rotgoldschnitt 9,20 RM.

Festausgabe: in Saffian gebunden mit Rotgoldschnitt, mit Futteral 12,50.

Alle 5 Ausgaben enthalten außer den Texten der 800 Lieder 412 vierstimmige Singweisen; ausführliche Verzeichnisse der Liederdichter, Tondichter, Versmaße, Liedernachweis und Inhaltsübersicht nebst alphabetischem Liederverzeichnis.

Buchhandlung der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Elberfeld, Postscheckkonto: Köln 5082.

Landgemeinden-Tagung.

— Berlin, 11. Februar.

Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes der preußischen Landgemeinden beschäftigte sich in einer nach Berlin einberufenen Sitzung mit Ergänzungsvorschlägen zu der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 und im Zusammenhang damit mit der Reform der Arbeitslosenversicherung, sowie der Kommunallastensenkung durch die Osthilfe. Es wurde ferner Stellung genommen zu dem vorliegenden Entwurf eines Polizeiverwaltungsgesetzes und der vom Reich angeordneten unabhängigen Rechnungskontrolle der Gemeinden.

Der Präsident, Landrat a. D. Dr. Gereke, erörterte einleitend zunächst die Auswirkung der Notverordnung und der Ausführungsbestimmungen auf die Gemeindefinanzen. Angesichts der Unergiebigkeit der neuen Gemeindesteuern (Bier-, Bürger- und Getränkesteuer) müsse die Eröffnung weiterer Steuerquellen für die Gemeinden oder aber — und dieser Weg kann selbstverständlich allein in Frage kommen — die Durchführung einer praktisch überall fühlbaren Lastensenkung gefordert werden. Sparmaßnahmen auch auf den Gebieten der Wohlfahrts- und Kulturpflege seien unerläßlich. Mehr als bei den Landgemeinden seien Sparmöglichkeiten noch in der Verwaltung der Länder gegeben.

Ministerialrat z. D. Schellen wies an der Hand statistischer Erhebungen nach, daß die Wohlfahrtslasten der Landgemeinden im Laufe der letzten Monate in verhältnismäßig höherem Maße gestiegen sind als die der Städte! Wolle man der Gefahr des völligen finanziellen Zusammenbruchs der Gemeinden begegnen, so sei eine grundlegende Reform, insbesondere auch der Arbeitslosenversicherung, notwendig. Zu erwägen sei, ob nicht das bisherige System dahin umgeändert werden könne, daß der Erwerbslose unter Einschaltung einer Bedürftigkeitsprüfung durch die Gemeinde zunächst für eine kurzbefristete Zeit in die Fürsorge der Gemeinde und danach für die unbefristete Zeit in die Fürsorge des Reichs, d. h. der Arbeitslosenversicherung, gelange. Auf diese Weise sei es möglich, die große Zahl der nichtbedürftigen Erwerbslosen zugunsten der Gemeinden aus dem zeitlich unbegrenzten gemeindlichen Fürsorgeprozeß auszuschalten.

Die Aussichten für die Durchführung einer solchen Abänderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, für die der Reichstag zuständig wäre, sind allerdings gleich null, da ein erheblicher Teil der Fraktionen von einer Abschwächung des Versicherungscharakters der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge nichts wissen will. — Ferner regte der Berichterstatter eine Nachprüfung der Ausgabenseite der Arbeitslosenversicherung an, von der er gleichfalls Ersparnisse erwartete.

Generalsekretär Standke schlug eine Reihe von Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Volksschul- und des ländlichen Berufsschulwesens vor, die in der Hauptsache hinauslaufen auf Beseitigung der sogenannten Mehrstellen, ohne Neubelastung des Staates, Erhöhung der Klassenfrequenzzahl, Ablehnung des neunten Schuljahres, Einschränkung der Beschaffung von Lehrmitteln, kostenlose Lehrervertretung, Verringerung der Kosten für Lehrerdienstreisen, Zusammenlegung von Klassen und Schulen, Verbot der zwangsweisen Errichtung neuer Schulgebäude, angemessene Anrechnung der Lehrerdienstwohnung und Naturalbezüge, Erweiterung der Möglichkeit, in ländlichen Fortbildungsschulen von dem billigen nebenamtlichen Unterricht Gebrauch zu machen und Verzicht bis auf weiteres auf Neueinrichtung ländlicher Mädchenfortbildungsschulen.

Syndikus Steinberg machte auf eine Reihe sich aus der Notverordnung für die Landgemeinden ergebende Mängel aufmerksam und ging dann noch besonders auf die vom Landkreistag geforderte Heranziehung der Bürgersteuer als Maßstab für die Kreisbesteuerung ein.

Zu dem dem Landtag vorliegenden Entwurf eines preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes erstattete Generalsekretär Standke ein übersichtliches Referat. Neben der zu begrüßenden Kodifikation des Polizeiverwaltungsrechts enthalte der Entwurf aber hinsichtlich der Handhabung des Polizeiverordnungsrechts unterschiedliche Bestimmungen für ländliche Polizeiverwaltungen einerseits und die städtischen andererseits, die abgelehnt werden müßten. Auch das Verhältnis zwischen Amtsvorsteher und Landjäger müsse endlich durch das neue Gesetz geklärt werden.

Nach längerer Debatte wurde über alle Gegenstände der Tagesordnung Einvernehmen erzielt. Auf Anregung des Gemeindevorstehers Zimmer-Düneberg wurde beschlossen, den Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung zur Erhöhung der sich aus der notwendigen Amtsverschwiegenheit in der Gemeindevertretung ergebenden Pflichten zu beantragen.

Seldte in Stuttgart.

„Fleiß, Sparsamkeit und Brüderlichkeit".

— **Stuttgart**, 10. Februar. Am Dienstag abend sprach im dicht besetzten Festsaal der Liederhalle der Gründer und erste Bundesführer des Stahlhelm, Seldte. Auch Württemberg müsse sich am nationalen Leben beteiligen und zwar in gerader Linie von den Nationalsozialisten bis zu den Mitgliedern des Stahlhelms. Die Front im Norden gegenüber den bestehenden preußischen Verhältnissen sei schon sehr breit gelagert. Er hoffe, daß das Zentrum außer seinem Glauben auch bald einmal sein deutsches Herz entdecke. Das Programm des Stahlhelms sei mit vier Punkten knapp umrissen: das Volksbegehren, die Landtagswahlen in Preußen, die Reichstagswahl und die Wahl des Reichspräsidenten seien die nächsten Ziele. Das Volksbegehren in Preußen werde deshalb in die Wege geleitet, um endlich einmal den verrosteten, verdorrten preußischen Landtag aufzulösen. Ein Ziel werde der Stahlhelm niemals aufgeben und das sei der Gedanke an die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes

und der glühende Wille zum Durchhalten. Ihm, dem Redner, und seinen Kameraden hätten 12 Jahre Anschauungsunterricht genügt, um klar zu erkennen, daß das seitherige System bankerott sei. Nach einer Auseinandersetzung mit dem Geiste des Marxismus, dessen Lehre er als Irrsinn bezeichnete, betonte Franz Seldte zum Schluß, daß ein blühendes Deutschland sich nur auf seinen alten Tugenden, dem Fleiß, der Sparsamkeit und der Brüderlichkeit aufbauen könne.

Abrüstungspflicht besteht.

Bedeutsame Erklärungen Hendersons. — „Durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet.

Anläßlich einer Kundgebung der internationalen Frauenliga in London legte Englands Außenminister Henderson seine Auffassung über die Abrüstungsfrage dar. Politische Bedeutung kommt dieser Rede dadurch zu, daß Henderson darin die Verpflichtung der Mächte zur allgemeinen Abrüstung unumwunden anerkannt hat!

Um seinen Appell wirkungsvoll zu gestalten, schilderte Henderson zunächst den mutmaßlichen Charakter eines neuen Krieges. Die Vermenschlichung des Krieges, so betonte er dabei, übersteige unsere Kraft. Wenn einmal ein neuer Krieg beginne, dann könne keine Regierung und kein Mensch den Verlauf des Kampfes kontrollieren. Die Hauptwaffen würden Flugzeug und Gas sein — also Waffen, die Deutschland überhaupt nicht besitzt!

„Jedermann weiß — fuhr Henderson dann wörtlich fort — daß wir gleich jedem Mitglied des Völkerbundes durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sind. Ueberdies müssen wir daran denken, daß der Vertrag, der diese feierliche Verpflichtung enthält, derselbe Vertrag ist, durch den die wirksame Abrüstung anderer Nationen sichergestellt wurde. Wir alle wissen daher, daß die gegenwärtige Situation nicht auf die Dauer fortbestehen kann."

*

Und in der Praxis?

Will Gandhi ablenken?

Fühlungnahme mit den Londoner Delegierten. — Trotzdem Fortsetzung des Boykotts.

— Bombay, 11. Februar.

Bahadur Sapru, der in den letzten Tagen in Allahabad Besprechungen mit Gandhi und anderen Führern des Indischen Nationalkongresses hatte, telegraphierte Jayakar, der als Delegierter an der Londoner Konferenz am Runden Tisch teilnahm, Gandhi wünsche eine Unterredung mit ihm. Jayakar ist darauf nach Allahabad abgereist und will sich von dort weiter nach Delhi begeben, um dem Vizekönig einen Besuch abzustatten.

Der erste Tag der Schradda (Hindu-Zeremonie nach einem Begräbnis) für den verstorbenen Pandit Nehru fällt auf nächsten Sonntag. Gandhi schlägt vor, an diesem Tage alle Arbeit ruhen zu lassen; die indische Nation möge ein Gelübde ablegen, sich noch mehr der Sache zu weihen, die dem Pandit am Herzen gelegen und für die er gelebt habe. Weiter regt Gandhi an, ein allgemeines Fasten, Umzüge mit nationalen Flaggen und Versammlungen abzuhalten, in denen, abgesehen von einem Gelübde, in dem oben erwähnten Sinne, völliges Schweigen beobachtet werden soll.

Als geeignetes Mittel zu dem genannten Ziel bezeichnet Gandhi die „friedliche Sperre" von Alkohol- und Rauschgifthandlungen und von Läden, die ausländisches Tuch verkaufen.

Wie weiter bekannt wird, hat Gandhi dieser Tage einen Autounfall erlitten. Der Kraftwagen, in dem sich außer Gandhi auch Frau Nehru befand, war unterwegs in einen Graben geraten und umgestürzt. Die Insassen sind mit dem Schrecken davongekommen.

Alte Banderolen bis 1. März.

Der Schlußtermin um 14 Tage hinausgeschoben.

Auf Antrag der Tabak-Groß- und Kleinhändler hat das Reichsfinanzministerium den Schlußtermin für den Verkauf von Zigaretten mit alten Banderolen vom 15. Februar auf den 1. März verschoben.

Das Ministerium hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, weil die ursprünglich geplante Nachversteuerung, für die Händler für die noch in ihrem Besitz befindlichen Packungen selbst vornehmen sollten, zu große Schwierigkeiten machen würde. Der Einzelverkauf von Zigaretten ist also noch bis zum 28. Februar gestattet. Vom 1. März ab muß der Raucher mindestens 10 Zigaretten auf einmal kaufen. Die „Zehner"-Packungen enthalten allerdings, wie schon mitgeteilt, nur neun Zigaretten.

Aufräumungsarbeiten in Neuseeland.

Weitere Leichen geborgen. — Zwei junge Mädchen wahnsinnig geworden.

Im Fortgang der Aufräumungsarbeiten im neuseeländischen Erdbebengebiet wurden in Napier weitere 13 Leichen geborgen. Nur fünf konnten identifiziert werden.

Außerhalb Hastings wurden von einem patrouillierenden Schutzmann zwei junge Mädchen gefunden, die durch die Erlebnisse beim Erdbeben wahnsinnig geworden waren! Sie waren völlig ausgehungert und nicht in der Lage, etwas anderes als ihre Namen anzugeben. Sie haben in einem Hospital Aufnahme gefunden.

Verschiedenes.

Preußen und der Kirchenvertrag.

— **Berlin,** 11. Februar. Der preuß. Kultusminister Dr. Grimme hat, wie der „Berliner Börsenkurier" erfährt, die Vertreter der evangelischen Kirchenregierung für Mittwoch, den 11. Februar nach Berlin eingeladen, um ihnen den neuen Entwurf des Vertrages mit der evangelischen Kirche zur Kenntnisnahme vorzulegen. Das Staatsministerium habe sich in der vorigen Woche noch einmal mit diesem Vertrag befaßt. Neben dem neuen Vertragstext sei auch die Begründung und ein Schlußprotokoll von Bedeutung.

*

Das deutsch-spanische Luftfahrt-Abkommen abgeschlossen.

— **Madrid,** 11. Februar. Die deutsch-spanischen Luftfahrtverhandlungen, die vom deutschen Botschafter mit der spanischen Regierung geführt wurden, sind am Dienstag durch Notenaustausch erfolgreich abgeschlossen worden. In dem Luftfahrtabkommen, das für den Dienst Deutschland-Südamerika von besonderer Bedeutung ist, genehmigte die spanische Regierung die Verlängerung der deutschen Fluglinie Berlin-Barcelona bis zu den Kanarischen Inseln.

*

Neue Wege in der Gestaltung turnerischer Feste wird das „Eichenkreuz", das die Leibesübungen in den evangelischen Jungmännerbünden Deutschlands und den verwandten Bestrebungen zusammenfaßt, bei seinem zweiten Reichsturntage, der 1932 in Kassel gehalten werden soll, beschreiten. Da es zur Durchführung einer solchen Massentagung werktätiger Mannesjugend nötig ist, die Pfingstfeiertage zu wählen, stand der Reichsturnrat vor der Notwendigkeit, dem Fest eine Gestaltung zu geben, die den von ihm festgelegten Grundsätzen der Wahrung christlicher Feiertagssitte Rechnung trägt. Es ist deshalb beschlossen worden, dieser größten turnerischen Veranstaltung innerhalb der evangelischen Mannesjugend Deutschlands in starkem Maße den Charakter eines Volksmissionsfestes zu geben, den ersten Pfingstfeiertag gänzlich und auch am zweiten Pfingstfeiertag die Gottesdienststunde von turnerischen Veranstaltungen freizuhalten und auf diese Weise ein Fest zu gestalten, bei dem Geist und Leib gleichermaßen zu ihrem Rechte kommen. Es wäre erfreulich, wenn diese Art der Gestaltung turnerischer Feste in den Kreisen der deutschen Sportverbände weithin Nachahmung fände.

*

Schülerinnentagung in Heidelberg in der Osterwoche. In die Frühlingspracht Heidelbergs ruft der Deutsche Bund der Mädchen-Bibelkreise die Oberklassen der höheren Schulen zu einer Tagung vom 8. bis 13. April. Evangelium und Alltag, so lautet das Thema, das mitten in die Lebenswelt der Schülerinnen hineingreift und sie im Ernst unserer Zeit zu den klaren Quellen der Reformation führen will. Daneben wird Heidelbergs Geschichte und Gegenwart eifrig studiert und besichtigt werden. Die Gesamtkosten der Tagung — 22,00 RM — dürften als äußerst niedrig bezeichnet werden. Ausführliche Programme sind kostenlos zu beziehen von der Reichsgeschäftsstelle des deutschen Bundes der Mädchen-Bibelkreise, Leipzig C 1, Plagwitzer Straße 12, wohin auch alle Anmeldungen zu richten sind.

Bücher und Zeitschriften.

Dr. E. Veillon, **Fremdwörter und medizinische Fachausdrücke.** Ein Nachschlagebuch für das Krankenpflegepersonal. In flexiblem, waschbarem Leinenband 4,80 M. (6.— Fr.). Druck und Verlag von Friedrich Reinhardt in Basel.

Ein Nachschlagebuch, das die gebräuchlichsten Fachausdrücke aus der Medizin und Krankenpflege, sowie die wichtigsten Fremdwörter der täglichen Sprache und ihre Verdeutschung enthält, hat leider bis heute unserem Krankenpflegepersonal gefehlt. Und doch wie dringend notwendig ist ein solches Buch, denn der Arzt bedient sich ständig der Fachausdrücke und Fremdwörter, sei es zur Bezeichnung der Krankheiten selbst oder bei Nennung der Medikamente oder bei Vorschriften für die Pflege. Dr. Veillon, der langjährige Chefarzt des Krankenhauses der Diakonissenanstalt Riehen, war der geeignete Autor für ein solches Buch, denn er kennt aus langer Erfahrung die Wünsche des Pflegepersonals. So hat er keinen großen wissenschaftlichen Band geschrieben, sondern ein handliches Buch, das übersichtlich und für jedermann verständlich Aufschluß gibt über die Bedeutung der wichtigsten Fremdwörter und Fachausdrücke. Der über 200 Seiten starke Band ist in abwaschbare flexible Leinwand gebunden und kann bequem in die Tasche gesteckt werden. Der Preis dürfte um der Diakonissen, Rotkreuzschwestern, Diakone willen, die meistens nicht über große Mittel verfügen, etwas niedriger sein. Spitälern und Diakonissenanstalten wird die Anschaffung des Buches für ihr Pflegepersonal etwas dadurch erleichtert, daß ihnen, bei einer Bestellung von 20 Stück an, 10 Prozent Rabatt gewährt wird.

Bethel.

— **Blaukreuz-Verein Bethel.** Donnerstag abd. 8½ Uhr **Blaukreuzstunde** in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

— Samstag nachm. ein Ring mit 3 Schlüsseln verloren, vermutlich auf dem Wege zwischen Dankort Bethel und Gütersloher Str. Bitte abzugeben in der Dankortkasse.

Anzeigen aus Bethel.

— Empfehle mich zum Nähen und Ausbessern in und außer dem Hause. Anna Junker, Friedhofsweg 47.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Suche zum 1. oder 15. April für meine 17jähr. Tochter, kinderl., Untersekunda, Stellung als

Haustochter

in christlichem Hause bei engstem Fam.-anschl., schlicht um schlicht. Gefl. Angebote erbittet

Oberbahnmeister Hadler, Kreiensen (Harz).

Alteingeführte Kunsttischlerei auf dem Lande sucht Verbindung mit christl. ges., tüchtg. **Möbelfachmann,** resp. Kaufmann als

Vertreter

gegen Provision für Verkauf direkt an Private. Gefl. Angebote unter A 1149 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-garant. **Honigs**

10 Pfd. Dose 10.65 RM, vorwiegend **Klee-Lindenblüte** 12.60 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1½ Pfd. Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus. Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Kur-Anstalt Erholungsheim Ebert

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochharz

unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

Wir suchen für eine Gruppe 14—16jähriger Mädchen (keine Fürsorgezöglinge) eine

Erzieherin

die perfekt ist im Nähen und allen Hausarbeiten. Bewerberinnen mit Lehrberechtigung für einige Fächer der Fortbildungsschule erhalten den Vorzug. Angebote mit Lichtbild, Zeugnisabschriften, Referenzen u. Gehaltsansprüchen erbeten an das

Ev. Kinderheim Godesheim bei Godesberg a. Rh.

Guter

Mittagstisch

im Privathaushalt, am liebsten in Bethel, gesucht. Freundliche Angebote unter A 1140 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Hochgebirgs-Sonnenkuren

Winter und Frühling im Ev. Erholungsheim **Hasliberghaus** Goldern (Berner Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Haustöchtern. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Achtung!

Ihre Plättwäsche erhalten Sie sauber und billig

Oberhemd 35—40 Pfg.
Kragen . . . 10 Pfg.

Wäsche wird abgeholt und wieder gebracht. — Adresse zu erfahren im Pförtnerhaus, Bethel.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke" der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Unser

Weißwaren-Sonderverkauf

beginnt am Mittwoch, dem 11. Februar

Ophir

Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Leibstützbinden

erhöhen das Wohlbefinden

Fachmännische Beratung und Bedienung

Reformhaus zur Gesundheit

Bahnhofstraße 2 Ecke Jahnplatz